

Unabhängiger Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

*BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1
02.06.2017, 14:00 bis 16:00 Uhr*

Vorsitz: Christina **Wurzinger**

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter/innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Bernadette **Feuerstein**

Martin **Ladstätter**

Erich **Schmid**

Christina **Wurzinger**

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Magdalena **Kern**

Vertreter der wissenschaftlichen Lehre:

Tobias **Buchner**

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Petra **Derler**

Elisabeth **Szymanski**

Büro: Waltraud **Palank-Ennsmann**

Wolfgang **Iser**

Resümeeprotokoll

An Unterlagen liegen vor: Tagesordnung, Protokolle der letzten beiden Sitzungen.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

2. Protokolle der letzten Sitzungen

Die Beschlussfassung der letzten beiden Protokolle im Umlaufwege wird zur Kenntnis genommen.

3. Öffentliche Sitzung Villach

Die Ausschussmitglieder blicken auf die Sitzung in Villach zurück und kommen dabei zu folgenden Ergebnissen:

- Es wurde wieder deutlich, dass es in den Bundesländern sehr geschätzt wird, dass der Ausschuss auch dort öffentliche Sitzungen abhält. Das sollte daher jedenfalls beibehalten werden.
- Im Herbst soll nach Möglichkeit eine öffentliche Sitzung im Burgenland abgehalten werden. Das Büro wird die Möglichkeiten einer Örtlichkeit prüfen.
- Der im Vorjahr ausgefallene Partizipationstag für Jugendliche mit Behinderungen soll im Frühjahr 2018 in Wien stattfinden. Mit den Vorbereitungen sollte noch im Herbst begonnen werden.
- Die Ausgewogenheit von Inputs des Ausschusses und seitens der TeilnehmerInnen eingebrachten Themen hat gepasst.

4. Strukturreform Monitoringausschuss

Die Vorsitzende berichtet über ein weiteres Gespräch mit Alexander Miklautz vom Sozialministerium. Durch die allgemeine politische Lage ist nicht abzusehen, ob es demnächst eine gesetzliche Lösung gibt.

5. Arbeitsplan Sommer

Während der urlaubsbedingten Abwesenheit wird Johanna Mang die Strukturreform für den Ausschuss begleiten.

Die Vorsitzende wird die Stellungnahme Partnerschaft und Familie weiter ausarbeiten und ein Grundgerüst zum Thema Bewusstseinsbildung entwerfen.

Im Zusammenhang mit dem Maßnahmenvollzug soll es noch Kontaktaufnahmen mit dem Justizministerium und den Kommissionen der Volksanwaltschaft geben.

Betreffend die Staatenprüfung gibt es neuere Informationen aus dem European Work Forum:

Die Prüfung wird voraussichtlich doch bereits 2018 stattfinden. Es handelt sich diesmal um ein vereinfachtes Prüfverfahren, d.h. es wird für Österreich eine zu beantwortende Fragenliste des Genfer Ausschusses geben. In diese werden auch die Berichte der Zivilgesellschaft und des Monitoringausschusses einfließen. Der Bericht soll insgesamt nicht mehr als 30 Seiten haben. Der Bericht soll auch mit den Überwachungsorganen der Bundesländer akkordiert sein, es soll zwei Treffen dazu in Salzburg geben. Der Fachausschuss regt an, dass der Bericht nach den Artikeln der Konvention gegliedert sein möge. Hauptfragen sind, ob und inwieweit die Handlungsempfehlungen umgesetzt wurden sowie, was sich seit 2013 verändert hat. Eine Vorabstimmung mit allen anderen berichterstattenden Institutionen wäre wünschenswert.

6. Berichte

- Die Vorsitzende berichtet vom Vernetzungstreffen mit den Länder-Überwachungsorganen am 17.05.17 in Wien.
- Die Vorsitzende berichtet vom Work Forum der Europäischen Kommission am 19.05.17 in Brüssel.
- Martin Ladstätter berichtet von der parlamentarischen Enquete zum Thema Menschen mit Behinderungen am 12. und 29.05.17.
- Bernadette Feuerstein und Martin Ladstätter berichten von der Präsentation der Studie „Menschen mit Behinderungen in den Medien“.

7. Nächste Termine

Die nächsten Sitzungen des Ausschusses finden jeweils im Saal IV des Sozialministeriums statt am:

01.08.2017 ab 14:30 Uhr bis ca. 17:00,

12.09.2017 ab 14:30 Uhr bis ca. 17:00.

Betreffend den Oktobertermin wird das Büro noch eine Anfrage aussenden.

8. Allfälliges

- Im Zusammenhang mit den Finanzierungsfragen beim neuen Erwachsenenschutzgesetz wurde zuletzt rückgemeldet, dass die Finanzierung nun doch gesichert sei.

- Magdalena Kern berichtet, dass der Genfer Fachausschuss am 25. August einen „Tag der allgemeinen Diskussion“ zum Thema Anti-Diskriminierung abhalten wird.

Christina Wurzinger (Vorsitzende)

Magdalena Kern (Schriftführerin)